Stadtverwaltung Lahnstein

Sitzungsvorlage

Drucksachen-Nr.: **BV 20/3774**

Fachbereich	Datum
Fachbereich 1 - Zentrale Dienste, Stadtentwicklung und Kultur	15.04.2020

Beratungsfolge	Sitzungstermin	öffentlich / nichtöffentlich
Haupt- und Finanzausschuss	28.05.2020	Ö
Stadtrat	03.06.2020	Ö

Annahme von Spenden

Sachverhalt:

Gemäß § 94 Abs. 3 Gemeindeordnung Rheinland-Pfalz (GemO) darf die Gemeinde zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach § 2 Abs. 1 GemO Sponsoringleistungen, Spenden, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen einwerben und annehmen oder an Dritte vermitteln, die sich an der Erfüllung von Aufgaben nach § 2 Abs. 1 beteiligen. Über die Annahme oder die Vermittlung entscheidet der Stadtrat. Mit der Ersten Landesverordnung zur Änderung der Gemeindehaushaltsverordnung vom 06.04.2010 wurde eine Bagatellgrenze festgesetzt. § 24 Abs. 3 Gemeindehaushaltsverordnung lautet:

„Bei der Einwerbung und Annahme von Sponsoringleistungen, Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen oder deren Vermittlung an Dritte kommen die gesetzlichen Verfahrensbestimmungen gemäß § 94 Abs. 3 Satz 4 Halbsatz 2 und Satz 5 GemO und § 58 Abs. 3 Satz 4 Halbsatz 2 und Satz 5 der Landkreisordnung erst dann zur Anwendung, wenn das Angebot der Zuwendung im Einzelfall die Wertgrenze von 100,00 € übersteigt; dies gilt nicht in Zweifelsfällen und sobald die Summe der Einzelzuwendungen eines Gebers in einem Haushaltsjahr diese Wertgrenze übersteigt.“

Der Stadtrat der Stadt Lahnstein hat darüber hinaus von der Möglichkeit nach § 44 Abs. 1 GemO Gebrauch gemacht und u. a. die Entscheidung über die Annahme von Sponsoringleistungen, Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen bis zu einer Wertgrenze von 10.000 € im Einzelfall auf den Haupt- und Finanzausschuss übertragen.

Unter dem Titel „Corona-Krise – Zusammenhalt wird auch in Lahnstein groß geschrieben“ ist die Hilfsaktion „Nachbarn in Not“ erweitert worden, um Personen

helfen zu können, die durch die Corona-Krise in finanzielle Schwierigkeiten geraten sind und bei denen die Beseitigung der Notlage durch staatliche Hilfen aufgrund der gesetzlichen Vorgaben nicht zulässig ist.

Für diesen Zweck sind zwischenzeitlich zahlreiche Spenden eingegangen, die der beiliegenden Aufstellung entnommen werden können, sofern sie die o. a. Wertgrenze von 100 € pro Geber übersteigen.

Die in diesem Zusammenhang getätigte Spende von Stefan Mross, Nachlassmanagement, übersteigt die Wertgrenze von 10.000 €, so dass diesbezüglich eine Beschlussfassung des Stadtrates erforderlich ist.

Die Anzeige an die Aufsichtsbehörde gem. § 94 Abs. 3 Satz 4, 2. HS GemO wurde veranlasst.

Es wird empfohlen, der Annahme der Spenden zuzustimmen.

Beschlussvorschlag:

Der Annahme der in der Anlage beigefügten Spenden für die Aktion „Nachbarn in Not“ wird zugestimmt.

Anlagen:

Übersicht über die eingegangenen Spenden „Nachbarn in Not“.

(Peter Labonte)
Oberbürgermeister